



K. Buch

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/101

3. Mai 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Nachwahl zum Bundestag	S.1
Die "Grossen Drei" in London	S.3
Friedenskampagne der KP	S.5
Rüstungsfachleute für Russland	S.6
Schumachers Pfingstprogramm	S.6
Heine fährt zur SPiO	S.6

Das Duell Semler - Jaksch

-x. Der Kampf um die Nachwahl zum Bundestag in Kulmbach hat sich zu einem klaren Duell zwischen Wenzel Jaksch (sudentendeutscher Flüchtling, SPD) und Johannes Semler (ehemals bizonaler Wirtschaftsdirektor, CSU) entwickelt. Es ist ein Kampf aller Parteien gegen die SPD. Die

KP benannte einen eigenen Kandidaten, die Parteien rechts von der SPD einigten sich auf Johannes Semler, als Vertreter der "antimarkistischen

Front". Damit ist zugleich der Kampf zwischen den verschiedenen Auffassungen über die soziale Gestaltung Deutschlands auf diesem engen

Raum zusammengedrängt und das Ergebnis der Wahl ein Gradmesser für die Einsicht der Wähler, ein Barometer des politisch-sozialen Klimas.

Wenzel Jaksch ist der spezifische Vertreter der sozial schwächsten Volksschichten, Flüchtling, besitzlos, Sozialist, d.h., allen Nöten

unserer Tage aufgeschlossen und stets im Kampf um eine gründliche Änderung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, die allen in gleicher Wei-

se das Lebensrecht sichern soll. Wie Dr. Schumacher als erster Politiker gegen die Oder-Neisse-Grenze protestiert hat, war Wenzel Jaksch der

erste deutsche Politiker, der im Ausland seine Stimme gegen die Austreibung der Deutschen aus ihrer alten Heimat, vor allem aber gegen die

unmenschliche Art der Austreibungen erhoben hat.

Johannes Semler dagegen ist der ebenso spezifische Vertreter der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung, den nur die Intervention der

Amerikaner daran hinderte, an Stelle Erhards der "sozialen Marktwirtschaft" das Feld zu ebnen. Von Haus aus national-liberal erzogen, ist

er der Typ des politisierenden Unternehmers, ein Typ also, bei dem die Grenzen zwischen Geschäft und Politik nicht immer klar sichtbar sind.

Auch Semler war in dieser Hinsicht bereits Gegenstand von Erörterungen im Wirtschaftsrat, als bekannt wurde, dass die Überwachung des STEG-

Amerikageschäft^{es} der ihm zugehörigen Warentreuhand-Gesellschaft in Hamburg (Semler hat 30 Prozent des Kapitals dieser Gesellschaft in Händen) für

ca. 200.000 Mark in zwei Jahren übertragen war. Auch am neuen Bundesetat ist diese Gesellschaft mit 250.000 DM für das vergangene halbe Jahr be-

teiligt, wofür sie die Einfuhren an ERP-Gütern zu überwachen hat.

In dieser Tatsache liegt übrigens ein politischer Treppenwitz, denn Semler musste sein Amt als Wirtschaftsdirektor ausgerechnet deswegen auf-

geben, weil er in einer Rede in Erlangen die amerikanischen Hilfslieferungen als teuer bezahltes Hühnerfutter bezeichnet hatte und die deut-

schen Politiker aufforderte, darauf zu verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken. Damals haben sich verantwortliche CDU-

Politiker von ihm distanziert, allerdings nicht sehr lange, denn sie versuchten bald darauf, ihn wegen seiner Disqualifizierung zum nation-

alen Märtyrer zu stempeln. Heute soll^{er} man sein Come-back feiern, denn man nimmt an, dass zwei Jahre ausreichen, vergessen zu lassen, dass

dieser Mann einmal dem deutschen Volke die ganze Marshallhilfe hätte kosten können.

Als einer der führenden wirtschaftspolitischen Köpfe der CDU ist Semler natürlich ein eifriger Verfechter der gegenwärtigen Wirtschafts-

politik mit allen ihren Konsequenzen. Für das arbeitende Volk, für die Vertriebenen, für die vom Schicksal Verfolgten hat diese Politik nicht

den geringsten Wert. Semlers Kampf und der seiner Parteifreunde und befreundeten Parteien ist auf die Verneinung einer planenden, sozialen

und demokratischen Politik gerichtet. In Wenzel Jaksch personifiziert sich das Gegenteil dieser Auffassung. Es genügt in diesem besonderen

Falle, wenn man die Personen und ihre soziale Stellung kennt. Sie sind so gegensätzlich wie die ganzen sozialen Verhältnisse unserer Zeit,

über die die Wähler ihr Urteil zu fällen haben.

Aufmarsch zu den Londoner Besprechungen

Von unserem Korrespondenten in USA

H.St., Washington im Mai

Die diplomatischen Ereignisse der zweiten und dritten Maiwoche in London werden wieder einmal einen Höhepunkt in der Kurve der

aussenpolitischen Aktivitäten der westlichen Grossmächte darstellen. Vom 9. bis 13. Mai werden die "Grossen Drei" der westlichen Welt,

Acheson, Schuman und Bevin, hinter verschlossenen Türen eine Anzahl von Kernfragen der westlichen Strategie zu besprechen und schwer-

wiegende Beschlüsse zu fassen haben - und am 15. Mai tritt auf drei Tage der "Atlantik-Rat", das höchste Organ der 12-Staaten-Gemein-

schaft des Atlantikpaktes, unter dem Vorsitz Staatssekretär Achesons zu seiner dritten ordentlichen Tagung zusammen. Zur Vorbereitung bei-

der Konferenzen sitzen seit dem 24. April hohe Mitarbeiter der "Grossen Drei" im stillen Kämmerlein in London beieinander, und zwar

Prof. Jessup und Perkins für Amerika, Sir William Strang und Sir Robert Kirkpatrick für Grossbritannien und Botschafter René Massigli

für Frankreich, alle drei umgeben von einem Schwarm weiterer Assistenten und Sachverständigen. Endlich ist nicht zu vergessen, dass am

26. April, ebenfalls in London, die ewigen und immer wieder aufgeschobenen vorbereitenden Verhandlungen für den "Staatsvertrag" mit

Österreich, zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion, wieder aufgenommen wurden. Das ergibt, zusammengenommen, eine ungewöhnlich

stättliche Liste grosser diplomatischer Ereignisse.

Das wichtigste davon ist zweifellos das unformelle Gespräch zwischen den "Grossen Drei". An Gesprächsthemen mangelt es ihnen

gewiss nicht: die Lage in Ostasien und im Orient, der russische Boykott der UNO (und damit im Zusammenhang die Frage der Anerkennung

der kommunistischen Regierung Chinas in der Gemeinschaft der "Ver-einten Nationen"), der Stand der Organisierung der westlichen oder

"atlantischen" Staatengruppe in wirtschaftlicher wie militärischer Hinsicht, zahllose Fragen der Aussenhandelspolitik und der Nach-

marshallplan-Situation, die Beziehungen zu Jugoslawien, der Fall Triest, Strassburg, das Saargebiet und - natürlich - eine Anzahl

Fragen, die Deutschland betreffen. Neben Deutschland liegt der amerikanischen Regierung, wie bestimmt mitgeteilt werden kann, die

Lage in Französisch-Indochina besonders am Herzen: in Washington ist man über die französische Politik und die Art der Kriegführung

dort gar nicht begeistert.

Die Karte "Deutschland" ist ungewöhnlich umfangreich, die Liste der Probleme reicht von der Dekartellisierung und dem der deutschen Stahlquote bis zu den zentralen Lebensfragen der Angliederung Westdeutschlands an die westeuropäische Staatengruppe - sei es in Form einer "wirtschaftlich-politischen Parallele zum Atlantikpakt", in die man Deutschland hineinnehmen würde, ohne es damit zum militärischen Allianzpartner zu machen, sei es in Form der vollen und uneingeschränkten Aufnahme in den Strassburger Europa-Rat, oder sei es endlich, was ja immer wieder von einigen Stellen vorgeschlagen wird, in Form einer Wieder-Aufrüstung Deutschlands und damit seiner Aufnahme in den Atlantikpakt selbst. Dazu kommen benachbarte Probleme, wie der Handel zwischen West- und Ostdeutschland, eine Revision - in mehreren Punkten - des Besatzungsstatutes, die Lösung des Vertriebenenproblems, die Arbeitsbeschaffung, Bodenreform und Fragen des deutschen Aussenhandels.

An die Diskussion des Problemkomplexes Deutschland gehen die Amerikaner diesmal mit besonderer Spannung und, sozusagen mit gerunzelter Stirn heran. Es ist kein Geheimnis, dass die amerikanisch-deutschen Beziehungen in den letzten drei oder vier Monaten im Zeichen einer deutlichen Krise und Verschlechterung gestanden haben. Von der Flitterwochen-Stimmung, die in der ersten Amtsperiode der Regierung Adenauer die Beziehungen zwischen Bonn und Washington beherrschte, ist nur noch die Erinnerung übrig geblieben. Der kühle Empfang des Vizekanzlers Blücher bei seiner Amerika-Reise zu Beginn des Jahres, die kalte Dusche der Rede des Hochkommissars McCloy Anfang Februar in Stuttgart und die unaufhörliche scharfe Kritik der Amerikaner an der Politik der deutschen Bundesregierung, vor allem in Fragen der Arbeitsbeschaffung, waren deutliche Demonstrationen. Vor allem aber haben die Methoden des Bundeskanzlers selber, seine überraschenden aussenpolitischen Initiativen und Vorstösse, in Washington Bedauern ausgelöst, und selbst das Deutschland-Lied in Berlin schien den verantwortlichen amerikanischen Staatsmännern ein Symptom für eine Politik der aussenpolitischen Hasardeurspiele, an deren Stelle man lieber eine bedächtige und konstruktive Politik sehen würde: im Ziele nicht von der gegenwärtigen Linie verschieden, aber in der Wahl der Mittel zweckmässiger und überlegter. Washington würde also gerne eine "Ent-Adenauerung" der deutschen Aussenpolitik sehen, und ist wohl vor allem aus diesem Grunde heute nicht mehr abgeneigt, die Gründung eines neuen "Auswärtigen Amtes" in Bonn zu

sehen, das die Führung der Aussenpolitik dem Kanzler aus den Händen nehmen würde - womit sie aufhören müsste, eine Art privater Freizeitbeschäftigung des Kanzlers zu sein.

Die Krise erreichte mit dem amerikanischen Veto gegen das neue Beamtengesetz und das Einkommensteuergesetz Bonns seinen Höhepunkt

- und das Staatsdepartement konnte dabei auf die Unterstützung des Kongresses rechnen, in dem gerade eine Gruppe von Senatoren eine

gründliche Nachprüfung der gesamten amerikanischen Deutschlandpolitik und eine Diskussion der politischen Haltung der Bonner Bundesregie-

rung gefordert hat. Der Bundeskanzler erfreut sich immer noch im Staatsdepartement wie im Weissen Haus eines gewissen Prestiges - aber

seine Politik wird auf den bevorstehenden Londoner Besprechungen in Staatssekretär Acheson keinen überzeugten Advokaten mehr finden. Und

bei den Bemühungen der in London versammelten Staatsmänner, die Zusammenarbeit und den inneren Zusammenhalt innerhalb der Gruppe der

"freien Völker" zu fördern, wird man zwar unvoreingenommen und wohlwollend die künftige Position Deutschlands, seine Rechte, Pflichten

und Ansprüche prüfen - aber, wenn notwendig, wird die amerikanische Delegation daran erinnern, dass die Reden und Presse-Interviews des

Bundeskanzlers nicht die bestmöglichen Methoden sind, Deutschland in diese Gemeinschaft freier Völker enger einzubeziehen.

- o - o -

Geschäfte mit der Friedenssehnsucht

sp. Die von der Kominform inaugurierten "Weltfriedenskongresse", die im Frühjahr 1949 gleichzeitig in Paris und Prag stattfanden, haben in allen Ländern "Komitees der Kämpfer für den Frieden" eingesetzt. Das westdeutsche Komitee steht unter dem Vorsitz des bekannten amerikafeindlichen Schriftstellers Adolf von Hatzfeldt, der aus dem halbfaschistischen Verlag Eugen Diederichs, Jena, hervorgegangen ist. Es hat sein Büro in Frankfurt/Main, Domplatz 12, einem Haus, in dem eine ganze Anzahl bekannter kommunistischer "Massen-Organisationen" ihren Sitz haben. Von dieser Stelle aus werden im Gebiet der Bundesrepublik jetzt "Landeskongresse für Nationale Einheit und Gerechten Frieden" organisiert.

An einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und des Hauptausschusses der deutschen Friedensgesellschaft wurde am 23. April beschlossen, allen Landesverbänden und Ortsvereinen die Teilnahme an diesen supernationalistischen Kongressen, auf denen eine wilde Hetze gegen die anglosächsischen Demokratien getrieben wird, zu untersagen. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände, der 25 deutsche Friedensorganisationen angeschlossen sind, hat am 25. April in Münster den Beschluss gefasst, alle Verbände vor einer Beteiligung an einseitig parteipolitischen und kommunistisch eingestellten Kongressen zu warnen.

- o - o -

- 6 -

Deutsche Rüstungsfachleute nach Russland

sp. Die Sowjetische Kontrollkommission hat den leitenden Funktionären der "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" den Auftrag erteilt, eine Kampagne zur Werbung deutscher Spezialisten und Fachleute im Dienst der sowjetischen Rüstung durchzuführen. Besonderes Augenmerk ist auf Rüstungsfachleute aus der ehemaligen deutschen Flugzeug- und Waffenindustrie zu richten. Zu den in Peenemünde (Versuchsstation für V-Waffen) bereits arbeitenden Wissenschaftlern sind in der letzten Zeit noch mehrere deutsche Rüstungsfachleute zwangsverpflichtet worden. Die versprochenen Gehälter sollen mehrere tausend Ostmark betragen. Andere Wissenschaftler wurden kürzlich nach der Sowjetunion transportiert, wo sie in Forschungsinstituten arbeiten sollen. Grösstenteils handelt es sich um Experten für Steilfeuer- und Ferngeschütze. Ebenso wurden Wissenschaftler, die bei den früheren Luftwaffenerprobungsstellen Rechlin an der Müritz tätig waren, nach der Sowjetunion verpflichtet. Sie durften ihre Familien und ihr gesamtes Mobiliar mitnehmen. Der Transport erfolgte über Frankfurt an der Oder in vier Waggons, die dem sowjetischen Urlauberzug nach Moskau angehängt wurden. Die Waggons der Wissenschaftler wurden durch NKWD-Offiziere in Zivil besonders bewacht. Bei den Verpflichtungen stützten sich die Sowjets auf Listen, die nach den Registrierungen in den Jahren von 1946-48 zusammengestellt wurden.

- o - o -

Schumachers Programm

sp. Am 26. Mai, nach dem Abschluss des Hamburger Parteitages, wird der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, nach Berlin fliegen, um während der Pfingsttage dort zu sein. Er wird bereits am gleichen Tage, einem Freitag, um 15.00 Uhr auf einer Pressekonferenz in Berlin sprechen. Dr. Schumacher wird im übrigen in diesem Sommer bis in den Herbst hinein durch Referate vor Parteikörperschaften und durch öffentliche Reden sehr stark in Anspruch genommen sein. Voraussichtlich wird er insgesamt 70- bis 80-mal sprechen.

- o - o -

Heine fährt zur SFIO

sp. Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der SFIO, der unmittelbar im Anschluss an den Hamburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie vom 26. - 29. Mai in Paris stattfinden wird, wird die SPD durch das Mitglied ihres Vorstandes Fritz Heine, Hannover, vertreten sein.

- o - o -